



Krieg mit Worten Von Sonja Volkmann-Schluck (Polen)

Die nationalkonservative Regierung hat binnen weniger Monate die Hoheit über den öffentlichen Rundfunk übernommen. Journalist_innen beklagen zudem eine zunehmende Polarisierung der öffentlichen Meinung.

Polnische Demonstranten bedienen sich gerne drastischer Bilder. Anfang des Jahres hielten sie ein Schwarz-Weiß-Foto aus den Achtziger Jahren in die Höhe, auf dem der damalige Ministerpräsident General Jaruzelski im Staatsfernsehen das Kriegsrecht proklamierte. In sein Gesicht hatten sie das Porträt von Jarosław Kaczyński montiert, dem Vorsitzenden der heutigen nationalkonservativen Regierungspartei „Prawo i Sprawiedliwość“ (PiS). Jarosław Kaczyński, der in einem Staatssender den Kriegszustand heraufbeschwört: Diese Anspielung sei zwar überzeichnet, „aber sie passt zur Situation“, sagt Monika Sieradzka im persönlichen Gespräch. Sie ist eine von fast 200 Rundfunkjournalist_innen, die seit dem Regierungswechsel im Herbst 2015 aus politischen Gründen ihren Arbeitsplatz verloren haben.¹ Bis Anfang des Jahres leitete Sieradzka die Reportage-Redaktion beim polnischen öffentlich-rechtlichen Fernsehen TVP und war außerdem für Kooperationen mit deutschen Sendern zuständig. Als ihre Abteilung Anfang 2016 aufgelöst wurde, kündigte sie. „Ich habe mir von der PiS-Führung keinen unabhängigen Journalismus erwartet.“

Die Entwicklung gab ihr Recht. Unter dem Motto „Guter Wandel“ hat die nationalkonservative Regierung von Ministerpräsidentin Beata Szydło nicht nur das Verfassungsgericht und Staatsfirmen, sondern auch den öffentlichen Rundfunk umstrukturiert. Im Dezember 2015 entmachtete sie den bisherigen Rundfunkrat KRRiT und übertrug dessen Kompetenzen zunächst dem Schatzminister, der das Führungspersonal beim Radio, Fernsehen und der staatlichen Nachrichtenagentur PAP neu besetzte. Seit Juli 2016 entscheidet ein so genannter „Rat der Nationalen Medien“, wer bei den öffentlich-rechtlichen Medien das Sagen hat. Zusammengesetzt ist das Gremium aus drei

Sonja Volkmann-Schluck ist Redakteurin beim Journalisten-netzwerk „n-ost“ in Berlin und leitet dort den Textbereich beim Online-Magazin ostpol.de.

1 Die polnische Journalistengewerkschaft *Towarzystwo Dziennikarskie* aktualisiert die Liste der so genannten „Opfer der Säuberung“ auf ihrer Internetseite <http://towarzystwodziennikarskie.org/?s=start;TD5>.

Parlamentariern der Regierungspartei und zwei Abgeordneten der Opposition. „Im Hintergrund hat dort Parteichef Jaroslaw Kaczyński das letzte Wort“, sagt Monika Sieradzka. Ein Beispiel: Als der Medienrat im Sommer den bisherigen Vorstandsvorsitzenden beim Fernsehen absetzen wollte, intervenierte Kaczyński. Das Ergebnis: Jacek Kurski, ein alter Weggefährte Kaczyńskis, blieb im Amt.

Die PiS-Regierung begründete den Umbau der Medien offen damit, dass sie kritische Berichterstattung über ihre Politik „unterbinden“ wolle.² Gleichzeitig wies sie internationale Kritik, wie die von EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, zurück: Auch unter der Vorgängerregierung habe es keinen Pluralismus in den öffentlich-rechtlichen Medien gegeben, so ihr Argument. „Der Rundfunk in Polen war nie unabhängig von der Politik“, bestätigt auch Monika Sieradzka. „Die Politik hat schon nach der Wende den Rundfunkrat als politisches Gremium konzipiert“. Selbst Donald Tusk, der liberale Vorgänger der konservativen Premierministerin Beata Szydło, änderte noch 2010 das Rundfunkgesetz und besetzte den Rat ausschließlich mit regierungsnahen Kandidaten.³ „Dennoch haben wir jetzt eine neue Dimension“, sagt Gerhard Gnauck, der für die „Welt“ und seit kurzem auch für die FAZ aus Warschau berichtet, im Gespräch mit der Autorin. Den wichtigsten Unterschied zu vorherigen Regierungen sieht Gnauck in der Vorgehensweise: So wurden die Änderungen nicht Schritt für Schritt, sondern „auf einen Schlag“ durchgeführt. Denn einerseits muss die PiS-Regierung mit ihrer absoluten Mehrheit keine Rücksicht auf Koalitionspartner nehmen. Andererseits hat sie auch das Verfassungsgericht mehr oder weniger lahmgelegt, das früheren Regierungen bei Einflussnahmeversuchen im Rundfunk Einhalt gebot. Gnauck, der seit 1999 in Warschau lebt, beobachtet darüber hinaus eine neue, extreme Polarisierung in Gesell-

Die PiS-Regierung begründete den Umbau der Medien damit, kritische Berichterstattung über ihre Politik unterbinden zu wollen.

2 „Wenn die Medien [...] die Polen in den kommenden Monaten mit Kritik an unserem Politikwechsel konfrontieren wollen, dann müssen wir das unterbinden“, sagte der PiS-Fraktionsvorsitzende Ryszard Terlecki dem konservativen Fernsehsender Telewizja Republika vom 29.12.2016: <http://t1p.de/nsu8> (zuletzt aufgerufen am 31.10.2016).

3 Zur Entwicklung des Rundfunks vgl. Bader, Katarina/Zapart, Tomasz (2016): *Polarisiert, politisiert und vielfältig – Polens Medien 27 Jahre nach dem Systemwechsel*. In: *Osteuropa*, 66. Jg., H. 1-2, S. 131-148.

Auch private Medien, die in Polen als Gegengewicht zum öffentlichen Rundfunk eine wichtige Rolle spielen, stehen unter politischem Einfluss.

schaft und Medien. „Das hat auch damit zu tun, dass die heutigen Regierenden einen moralischen Alleinvertretungsanspruch vor sich her tragen, der ihnen Regeln, Verfahren, gute Sitten und Kompromisse weniger wichtig erscheinen lässt.“ Gnauck erzählt von Kollegen beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Sie sollten recherchieren, in welche Skandale westliche Politiker verwickelt waren, die die Verhältnisse in Polen kritisiert hatten. Der Beitrag wurde als „Einordnung“ gesendet, um zu zeigen, was von diesen Politikern zu halten sei. „So etwas ist Propaganda“, sagt Gnauck. Umgekehrt erlebt der Polen-Korrespondent auch Anfeindungen auf „Facebook“ oder in Leserbriefen. „Ich habe mal ein Interview in einer regierungsnahen Zeitung gegeben; dort gab es sehr hässliche Internet-Kommentare, leider auch gegen meine Familie, und gegen mich den Vorwurf, ich sei ein ‚Volksdeutscher‘, was in der Zeit des Krieges fast gleichbedeutend war mit ‚Nazi-Kollaborateur‘“, berichtet er.

Auch private Medien, die in Polen als Gegengewicht zum öffentlichen Rundfunk eine wichtige Rolle spielen, stehen zunehmend unter politischem Einfluss. In den vergangenen Jahren gründeten rechte Kräfte zahlreiche Zeitungen und Wochenmagazine. Einige Redakteure erhalten jetzt Posten im öffentlichen Rundfunk. Beispielsweise wurde der rechtskonservative Journalist Cezary Gmyz vor kurzem Deutschland-Korrespondent beim polnischen Fernsehen TVP. Zuvor arbeitete er beim rechtsnationalen Fernsehsender „Telewizja Republika“ und dem Magazin „Do Rzeczy“.

Doch auch die regierungskritischen Medien tragen zur Polarisierung bei. So machte die linksliberale „Gazeta Wyborcza“ im Sommer offen Werbung für die oppositionelle Protestbewegung KOD. „Das ging zu weit“, meint Michał Kokot, Redakteur bei der „Gazeta Wyborcza“ im Gespräch. Trotzdem hält er es für richtig, dass seine Zeitung Stellung gegen die Kaczyński-Regierung bezieht. „Schließlich ist die Demokratie in Polen in Gefahr.“ Obwohl viele Polen diese Sorge teilen, ist die Auflage der „Gazeta Wyborcza“ im vergangenen Jahr um über 13 Prozent gesunken. Das liegt einerseits daran, dass gerade jüngere Leser generell weniger zur Zeitung greifen. Aber auch viele Ministerien haben ihre Abonnements abbestellt, staatliche Tankstellen und die nationale Fluglinie „Lot“ haben die Zeitung aus dem Sortiment genommen. Staatsunternehmen schalten seit dem Regierungswechsel keine Anzeigen mehr bei dem liberalen Blatt.

Bei den Nachrichten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen dagegen steigt die Zuschauerzahl wieder. Nach dem Regierungswechsel hatten viele Polen das Programm boykottiert. Im Oktober schalteten aber wieder 4,3 Millionen ein – 1,5 Millionen mehr als im September. „Die Propaganda wirkt“, interpretiert Redakteur Michał Kokot die Zahlen. „Die Menschen wissen nicht mehr, was Tatsache und was Meinung ist. Denn alle Medien beteiligen sich am Meinungskampf.“ Die Situation beim öffentlichen Rundfunk verbessern könne nur eine radikale Abkoppelung von der Politik, meint die ehemalige Fernsehjournalistin Monika Sieradzka „Aber welche Regierung wird daran schon Interesse haben?“, fragt sie. Ihr deutscher Kollege Gerhard Gnauck ist optimistischer. Er schaltet öfter den privaten Info-Kanal TVN ein. Dorthin seien viele Kollegen aus dem öffentlichen Fernsehen gewechselt. „Ich setze auf den Pluralismus der polnischen Medien“, sagt er.

Abschied von der türkischen Pressefreiheit Von Kristina Karasu (Türkei)

Seit in der Türkei im Juli der Ausnahmezustand ausgerufen wurde, existiert Pressfreiheit nur noch auf dem Papier. Über 120 einheimische Journalisten und Medienschaffende wurden seither festgenommen, über 170 Medien ließ die Regierung schließen. Berichterstattung aus diesem Land gleicht einem Drahtseilakt.

Die älteste türkische Tageszeitung „Cumhuriyet“, Preisträger des diesjährigen Alternativen Nobelpreises, gilt als eine der letzten Festungen oppositioneller Berichterstattung, doch auch sie steht derzeit unter Beschuss. Am 31. Oktober wurde ihr Chefredakteur Murat Sabuncu zusammen mit zwölf weiteren Mitarbeitern der Zeitung festgenommen. Der ehemalige Chefredakteur Can Dündar wurde bereits im Mai nach der Veröffentlichung eines Artikels über angebliche türkische Waffenlieferungen an Islamisten in Syrien zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Er konnte die Türkei im Juli verlassen und lebt seitdem im deutschen Exil. Den Journalisten wird Unterstützung der kurdischen Miliz PKK sowie der islamischen Gülen-Bewegung vorgeworfen. Dabei schrieben viele der jetzt Festgenommenen seit Jahrzehnten gegen PKK und Gülen-Bewegung, gegen Putschversuche und Terror an. Doch seit in der Türkei der Ausnahmezustand regiert, sind



Kristina Karasu arbeitet als freie Journalistin und Filmemacherin in Istanbul und Essen. Sie ist Türkei-Korrespondentin der Presseschau „europotops“, zu ihren Auftraggebern gehören außerdem Deutsche Welle TV, ZDF, ARTE, WDR5 und „Vorwärts“.